



Bundesministerium  
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn  
Andrej Hunko, MdB  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-1117

FAX +49 (0)30 18 681-1019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 14. Mai 2014

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Mai 2014**  
HIER **Arbeitsnummer 5/22**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung

Dr. Emily Haber

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Bellevue; U-Bahnhof Turmstraße  
Bushaltestelle Kleiner Tiergarten

Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko  
vom 8. Mai 2014  
(Monat Mai 2014, Arbeits-Nr. 5/22)

---

Frage

*1Wie hat sich die Bundesregierung in den zuständigen Ratsarbeitsgruppen zum möglichen Ausbau von eu-LISA (=Europäische Agentur für IT-Großsysteme) zu einem zentralen IT Service Provider für europäische Sicherheitsbehörden positioniert bzw. welche Position beabsichtigt sie, in weiteren Diskussionen einzunehmen (bitte auch schildern, welche Datenbanken oder sonstige Systeme aus Sicht der Bundesregierung durch eu-LISA verwaltet werden können), und wie steht sie zur Planung von Europol, gemeinsame Zwangsmaßnahmen im Rahmen von "Joint Action Days" zukünftig durch weitere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zu begleiten, mithin über die bereits stattfindende Pressearbeit hinauszugehen?*

Antwort

Bezüglich der Optionen zur Fortentwicklung von der Europäischen Agentur für IT-Großsysteme (eu-LISA) zu einem zentralen IT-Dienstleister für die europäischen Sicherheitsbehörden hat die Bundesregierung in der Diskussion die Europäische Kommission um Vorlage einer Studie gebeten, bei der insbesondere geprüft werden soll, wie die Lücken in den bestehenden polizeilichen Informationsaustauschsystemen geschlossen werden können. Die Studie soll auch Aussagen über die Unterstützung der Verwaltung dezentraler Verfahren (z. B. Prümer Beschlüsse) und die Entwicklung zukunftsweisender Dienstleistungen durch eu-LISA (wie z. B. das Anbieten von umfassenden Servicedienstleistungen auch im Infrastrukturbereich - „infrastructure as a service“) einschließen. Daran anschließend wäre dann auf Grundlage der Ergebnisse der Beratungen der Studie durch die Europäische Kommission ein strategisches Konzept zur künftigen Rolle der IT-Agentur im polizeilichen europäischen Informationsaustausch vorzulegen.

Die Bundesregierung hat keine Kenntnis von Planungen von Europol, gemeinsame Zwangsmaßnahmen im Rahmen von „Joint Action Days“ zukünftig durch weitere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zu begleiten.